

Sachzeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Sachzeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Preis beträgt durch unsere Verleger, ausgegeben ohne Belegkarte 1.40 Geldeinheiten, durch die Post 1.60 Geldeinheiten und 24 Geldeinheiten Zustellgebühr. Schluss der Anzeigenannahme: zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Belieben beiderseits, die Zeile 300 Zeichen, Verlagspreis: Drei Promille für ein Wort, das in der ersten Spalte steht, fünf Promille für die übrigen Spalten. Die Anzeigen werden nach Belieben beiderseits, die Zeile 300 Zeichen, Verlagspreis: Drei Promille für ein Wort, das in der ersten Spalte steht, fünf Promille für die übrigen Spalten.

Diplomat Beneß.

Der tschechisch-italienische Vertrag.

Aus Wien wird uns geschrieben: Die Zusammenkunft des tschechischen Außenministers Beneß mit dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini in Rom ist selbstverständlich auch in Oesterreich mit aller gebotenen Aufmerksamkeit verfolgt worden. Hierzu hätte man umsonst Anlaß, als die Tschechoslowakei sich unter der außenpolitischen Führung des Herrn Beneß, insbesondere seit dem Vertrage von Lana, nicht nur als die Vormacht unter den Nachfolgestaaten der alten habsburgischen Monarchie gebildet, sondern auch Oesterreich gegenüber eine Art von Kontrollrecht in Anspruch nimmt und gewissermaßen die Rolle des wohlwollenden Vormunds zu spielen beabsichtigt ist. Man mußte also von vornherein damit rechnen, daß auch die österreichischen Verhältnisse von Herrn Beneß in Rom mit in die Debatte gezogen werden würden. An diese Befähigung des Herrn Beneß hat man sich allmählich gewöhnt, da der tschechische Außenminister bei jeder Gelegenheit zeigt, wie tief er von der Abhängigkeit Oesterreichs von ihm und seinen französischen Hintermännern durchdrungen ist.

Von einer andern Seite aber betrachtet man die Besprechungen in Rom mit weniger Gleichmut. Es kam nämlich auch in Wien nicht gleichgültig sein.

ob es Herrn Beneß als dem französischen Agenten gelungen ist oder nicht, in Rom irgendwelche neuen tschechischen Mandate zu betreiben, durch die die Einwirkung Oesterreichs weiter vergrößert werden soll.

Jeder, der Herrn Beneß kennt, weiß, daß er ein Meister der diplomatischen Kombination ist. Er ist geschmeidig genug, um sich nach allen Seiten anzupassen. Sein Lieblingsgedanke konzentriert sich auf den Plan, ganz Europa mit einem Netz von Verträgen zu übersetzen, in deren Mittelpunkt die Tschechoslowakei steht. Seine Kunst ist die Diplomatie nicht nur mit dem doppelten, sondern mit dem mehrfachen Boden. Neben andern Diplomaten als Herrn Beneß müßte bei dem Gedanken grünen, sich in dem Wirral von Verträgen zurechtzufinden, die die Tschechoslowakei mit allen möglichen Staaten abgeschlossen hat. Er aber trübt sich: Kommt Zeit, kommt Rat. Seine Hauptfrage ist, wie er die Tschechoslowakei, diesen unter Verletzung jeder Selbstbestimmungsrechtes zusammengefügten Zwangsnationalitätenstaat, unter den Schutz möglichst umfassender internationaler Bürgschaften stellen kann.

Um Oesterreich zu umfingeln und Ungarn unter dem Joch des Friedensvertrages von Trianon niederzuhalten, hat er die kleine Entente gegründet. Um für Oesterreichs Einwirkung das Seine beizutragen, hat er das tschechisch-französische Bündnis geschlossen. Aber schon sein nächster Versuch, auch die kleine Entente in dem Rahmen dieses tschechoslowakischen Bündnisses mit einzubeziehen, erlitt auf der Belgischer Konferenz kläglichen Schiffbruch. Mussolini und Raffaischi, der jetzige Ministerpräsident, schlossen den bekannten italienisch-jugoslawischen Vertrag, der in Paris so flart verschluckte, daß man den französischen Gesandten in Belgrad Knall und Fall abließ. Dieser italienisch-jugoslawische Vertrag ließ Herrn Beneß keine Ruhe — vielleicht hatte er auch Instruktionen aus Paris — und so war er seitdem bemüht, auch die Tschechoslowakei zu Italien in ein ähnliches Verhältnis zu bringen.

Die ersten Sondierungen des Herrn Beneß wurden in Rom ziemlich kühl aufgenommen. Aber er ließ nicht locker. Der Ausgang der französischen Wahlen und der zu erwartende Sturz Poincaré ließen es Herrn Beneß wohl besonders geraten erscheinen, seinen Küsterversicherungsvertrag mit Italien rasch unter Dach und Fach zu bringen. So kam es zur Zusammenkunft in Rom. Die Besprechung verlief aber in anderer Form nach ziemlich cordial, aber man bemerkte doch auf italienischer Seite eine gewisse Zurückhaltung. Um so geprüdiger war Herr Beneß in- und

Für Schwarz-weiß-rot!

Von Dr. C. Cremer, Mitglied des Reichstages.

Als ich während des Wahlkampfes in einer größeren Stadt Mittelddeutschlands u. a. für die Wiedererrichtung der alten Reichsfarben Schwarz-weiß-rot gesprochen hatte, stellte mich nach der Versammlung ein jüngerer, offenbar deutschböhmischer Herr, mit einiger Mühegang davor zur Rede, wie die Deutsche Volkspartei dazu komme, die Schwarz-weiß-rot-Farben für sich in Anspruch zu nehmen. In der Tat hat man in gewissen Kreisen beliebt, auch in der Fragefrage laisde Meinungen über die klare und unveränderte Stellung der Deutschen Volkspartei zu vertreten, obwohl im letzten Reichstag die Deutsche Volkspartei den Kampf um die Beibehaltung der Schwarz-weiß-rot Handelsflagge unter Führung des Abgeordneten Dr. Gildemeister hervorragend betätigt war. Freilich war diesem Kampfe bei der Zusammenkunft des vorigen Reichstages kein Erfolg beschieden.

Heute liegen die Dinge anders. Für die Schwarz-weiß-rote Flagge dürfte im neuen Reichstag mindestens eine einfache Mehrheit zu finden sein. Das Volk selbst hat unabweislich für Schwarz-weiß-rot gesprochen, die Reichsfarben der Weimarer Verfassung haben sich außerhalb der amtlichen Gebäude kein Demartrat erworben. Der Ausgang des Volkstages kann nicht zweifelhaft sein und es ist daher zu hoffen, daß mindestens die bürgerlichen Parteien es auf einen solchen nicht erst ankommen lassen.

Die Wiederherstellung der alten Reichsfarben hat weder mit Parteipolitik noch mit dem Streit um die Staatsform zu tun. Es sind die Farben, unter denen das deutsche Volk sich versammelt und Weisheit gewahrt, sich im Weltkriege ehrenvoll gegen feindliche Übermacht verteidigt und zwei Millionen seiner besten Söhne verlor. Es sind aber auch die Farben, unter denen Deutschlands Handel die Welt umspannte und Deutschlands Aufschwung sich langsam entfaltet. Die frühere humanistische Bedeutung der Schwarz-rot-goldenen Flagge ist hinter diesen geschichtlichen Erfolgen des deutschen Volkes verblüht; die Vereinigung mit Deutsch-Oesterreich, welche sie nur hätte befehen können, ist bis zur Stunde nicht erfüllt. Aber auch in

Deutsch-Oesterreich ist Schwarz-weiß-rot seit Jahrzehnten zum Symbol der staatlichen Einheit aller Deutschen geworden.

Daher verwahren sich die Anhänger der Deutschen Volkspartei nicht minder gegen das unveränderte Bestehen einzelner Gruppen Schwarz-weiß-rot zu ihrer Parteifarbe zu machen, als gegen den Einwand anderer, der alten deutschen Reichsfarben seien das Symbol der monarchistischen Staatsform. Nichts dergleichen ist richtig. Schwarz-weiß-rot sind die deutschen Farben schlechthin, so gut wie die französische Tricolore gleichermassen zu fastlichen und republikanischen Zeiten geachtet hat. Im Ausland wird man also keineswegs befremdet darüber haben müssen, daß ein großes und selbstbewusstes Volk sich dauernd nicht von der Frage zu trennen vermag, unter der es die Wiedergeburt seiner staatlichen Einheit und gewaltigsten Schicksal erlebte. Der unbedeutendsten Überlegung zu Schwarz-weiß-rot durch die Weimarer Verfassung hat denken in der Welt, zumal überholt, nur Selbstverleugung, nur verächtliches Stoffspielerei erregt, wenn nicht gar herben Tadel. Besonders aber das Auslandsbestreben hat bis auf den heutigen Tag kein Verständnis für den willkürlichen Flaggenwechsel aufgebracht.

Die Deutsche Volkspartei hat als die echte Nachfolgerin der Partei der Weimarer Verfassung, der nationalsozialistischen Partei, mit Zug und Recht die Frage der Reichsfarben in demselben Augenblick in die Hand genommen, in dem eine positive Entscheidung möglich erscheint. Sie ist über den Bescheid des Reichstages, der die parteipolitische Unterfrage zu verurteilen, aber nur eine Demonstration betreiben zu wollen. Je mehr man in dem beginnenden Kampf um und für Schwarz-weiß-rot die Fragen der Staatsform und der Partei ausschließt, weil sie für die Weimarer Verfassung gehören, um so gewaltiger kann die Bewegung sich innerhalb des deutschen Volkes entfalten, die über alles Trennende hinweg den Willen der großen Mehrheit aller Deutschen durchsetzt. Ich hoffe aller Welt zu dem unzweifelbaren Zusammenhang mit den Vätern zu bestimmen.

Man redet wieder gut zu.

Die Londoner „Times“ schreiben, die letzte alliierte Note an Deutschland über die Frage der Militärkontrolle sei keineswegs so hart und nicht so übermäßig angelegentlich gewesen. Eine sofortige Annahme und aufsichtige Mitwirkung seitens der deutschen Regierung wird viel dazu beitragen, um die Lage zu vereinfachen. Allerdings hätte die politische Entwicklung der letzten 18 Monate die gelante Frage der Militärkontrolle weit schwieriger gestaltet. Die Verlegung der für Marx und Stresemann fast, die Nationalisten in der Frage der Militärkontrolle zu beidseitigen, um freie Hand für den Beweis zu erhalten. Alle weiteren Schritte, eine Einsetzung der Reichsregierung, die Kommission zu versagen, würden jedoch nur den Eindruck verstärken, daß es wirklich etwas zu bereinigen gäbe. Die „Times“ schreibt weiter, das im gegenwärtigen Augenblick günstig für Paris, sollte der Berliner Regierung, die zu einem gegenseitigen Einverständnis führen würde.

Es ist immer das alte Spiel mit Worten, um uns fresse zu machen. Wir sollen stets eine gute Miene zum bitterbösen Spiel der Entente aufsetzen, dann werde diese ihr Wohlwollen gemäß dem Deutschen Reich zuwenden. Leider nur ein Wort, das durch Wohlwollen nicht verdrängt werden, und so wird es auch fortwährend bleiben.

Japanisch-amerikanische Beziehungen.

Das Tokio wird gemeldet, die japanische Regierung habe der Ernennung des Herrn Schuman, des amerikanischen Gesandten in Tokio, zugestimmt. In Neuport scheint man, wie eine andere Meldung besagt, diese Nachricht als einen Beweis dafür aufzufassen, daß Japan die Aufrechterhaltung der japanisch-amerikanischen Beziehungen wünscht.

Die Pariser Abendblätter melden aus Tokio, daß in dem Vert einer Villa in der Nähe der Hauptstadt der Vereinigten Staaten, ein Japaner aufgefunden wurde, der sich den Rauch ausgenutzt hatte. Man fand bei ihm einen Brief, worin er mitteilte, daß er sich mit dem Japaner gegen den Ausschluss der Japaner aus den Vereinigten Staaten zu protestieren.

Der „geplakte“ Bürgerblock.

Regierung der bürgerlichen Mitte.

Die Genossen frohlocken: „Der Bürgerblock ist geplakt“. Was sein, daß Demokraten und Zentrum einen großen Teil der Schuld tragen, während die Deutsche Volkspartei sich schuldig gemacht hat, den christlichen Wähler zu spielen, was selbst die Deutschnationalen anerkennen, diese haben durch ihren Freitagsbeschluss, über den wir in der letzten Nummer berichteten, die diplomatischen Beziehungen zu den Mittelparteien vorzeitig abgebrochen und sich ins Schwelmerland der Opposition zurückgezogen, weil ihnen nicht all und jeder Parteipunkt erfüllt werden konnte. Von dort ist man sich wieder die kleinen Parteiführer gegen die Deutsche Volkspartei heranzog. Die „holländische Zeitung“ vom Sonntag schreibt z. B. in großer Ueberrichtung: „Die Deutsche Volkspartei schmeißt nach links“. Das fällt ihr nun zwar nicht ein; aber die Deutschnationalen möchten gern, daß die Schläffe, die aus ihrer Stellung gezogen werden müssen, ihnen parteipolitisch Vorteile bringen; dieselben Deutschnationalen, deren jüngster Drang, die „Kriegsflagge“, die Parteiflagge jetzt offen einhält, indem es schreibt:

„Die Deutschen sind die schlauesten Menschen der Welt. Sie haben die Weisheit der Natur erkannt, so wäre für diese Nation eine Zusammenarbeit mit Stresemann, der in dem neuen Kabinett weiter die Geschäfte eines Ministers führte, eine Unmöglichkeit. ... Wenn der „Bürgerblock“ nur einem Druck von rechts schreibt, so hat er die Lage richtig erkannt, denn wir wollen keinen Zweifel lassen, daß die Deutschnationalen einschließen sind, durch ihre Opposition die große Anzahl der Deutschnationalen, die sich der Regierung angeschlossen haben.“

Verdammt nochmal, eine feine Illustration zu den vielgebrauchten Worten: „Ich bin ein Mann, dann Programme“, und „das Vaterland über die Partei!“

Aus dem Verhalten der Deutschnationalen müssen jetzt klaren, daß die Deutschnationalen nicht nur ein eigentliches als Reichsminister aufgetrieben werden soll. Schläffe nicht parteipolitisch, sondern nur vaterländischer Art. Geiern und vorerzieren war man genau so. Man, die 14 Tage zuvor und wie zur Stunde, wo viele Jassen geschrien werden. Zunächst hat sich die Wirtschaftskrise abtrümmelt, um zahlreiche Grade verdrängt, in einer Zeit, wo doch wahrlich keine Stunde zu verlieren ist, um die Gutachten vorzulegen, da stimmen auch die Deutschnationalen zu unferer not und freibleibenden Wirtschaft nurbar zu machen. Ein Block der Parteien und ein Block der Parteien sind bei dem Stimmverhältnis im Reichstags-Ausschuss. Der große Bürgerblock ist ein Ideal, dem die Deutsche Volkspartei mit der Tat, die Deutschnationalen mit Worten unterstützen. Er ist nur zu erreichen mit Parteipolitikern, die die Deutschnationalen zu bringen nicht gewillt waren, und zu denen auch Demokraten und Zentrum selber nur zaghaft die Hand reichen. Was soll also werden? Der Reichstag auflösen? Die Wirtschaftskrise und die Gutachtenverhandlungen verbieten es.

Die alte Koalition der bürgerlichen Mitte ist also allein fastlich, himmelhoch, bald Unmöglichkeit der Zusammenarbeit der Mehrheiten rechts und links besessenen Regierungsbereitschaft leisten zu müssen. Die Sozialdemokratie wittert zwar Morgenluft und drängt sich nach vorn. Aber sie würde heute noch regierungsunfähig sein, als nach ihrer politischen Parteierklärung in Berlin. Sie könnte nur ihren allzu breiten Unternehmungsgeist mit in der Regierungsbereitschaft bringen, sonst nichts. Ein neuer Versuch der großen Koalition ist, abzusehen davon, daß sie nicht die schmerzliche Mehrheit hat, um möglich, solange sich die Genossen nicht in die politische Verantwortlichkeit gemacht haben. Das ist, das die Deutsche Volkspartei auf sich nimmt, wenn sie wieder in eine Regierung unter der Minderheiten mit anderen Mittelparteien eintritt, ist, von Parteipolitikern betrachtet, schwerer, aber Volk, Vaterland, und Wirtschaft fordern, das möglichst schnell die Gutachtenfrage erledigt wird. Nicht die parlamentarische nicht lösen, dann kann man den Reichstag auseinander. Die Schuld für die wirtschaftlichen und politischen Folgen aber fällt auf die Deutschnationalen.

Erklärung der Deutschen Volkspartei.

Infolge des Abbruchs der Verhandlungen über die Regierungsbildung mit den Deutschnationalen fanden am Sonnabend wieder Fraktionskollisionen statt. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei faßte folgende Resolution:

„Die Fraktion der Deutschen Volkspartei ist durch die Erklärung der Deutschnationalen vor eine völlig neue Lage gestellt worden. Sie hand bisher unter dem Eindruck, daß die Deutschnationalen gewillt seien, die Deutsche Volkspartei gewillt seien,

